

Teilheft

Bundesvoranschlag 2028

Untergliederung 04

Verwaltungsgerichtshof

Teilheft

Bundesvoranschlag

2028

Untergliederung 04:
Verwaltungsgerichtshof

Für den Inhalt der Teilhefte ist das haushaltsleitende Organ verantwortlich.

Inhalt

I. Bundesvoranschlag Untergliederung 04.....	6
I.A Aufteilung auf Globalbudgets.....	7
I.B Gesamtüberblick Personal.....	8
I.C Detailbudgets.....	9
04.01 Verwaltungsgerichtshof	
Aufteilung auf Detailbudgets.....	9
04.01.01 Verwaltungsgerichtshof.....	10
I.D Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlags nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen.....	17
I.E Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlags nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen	18
II. Beilagen:	
II.A Budgetstruktur und Organisation der Haushaltsführung.....	19
III. Anhang: Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof	20
IV. Anmerkungen und Abkürzungen.....	23

Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof

Kernaufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof garantiert als Höchstgericht den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtssicherheit im Umgang mit der österreichischen Verwaltung. Als höchste Rechtsschutzinstanz stellt er das gesetzmäßige Handeln der Verwaltungsbehörden sicher und stärkt damit das Vertrauen in die Institutionen unserer demokratischen Gesellschaft.

Personalinformation im Überblick

Der Verwaltungsgerichtshof verfügt über rund 200 Planstellen, davon 68 im richterlichen Bereich (Präsident/in, Vizepräsident/in, Senatspräsidentinnen und Senatspräsidenten sowie Hofrätinnen und Hofräte); zur Unterstützung der Rechtsprechung werden rechtswissenschaftliche Mitarbeiter/innen eingesetzt. Das weitere Personal ist insbesondere in der Geschäftsstelle, dem Evidenzbüro, der Bibliothek und den Bereichen des Personalmanagements, der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Finanzen und der Wirtschaft tätig.

Projekte und Vorhaben 2028

- Größtmögliche Sparsamkeit in der Justizverwaltung, wobei alle verfügbaren Mittel so eingesetzt werden, um die organisatorischen und technischen Voraussetzungen der rechtsprechenden Tätigkeit zu optimieren
- Infrastrukturmaßnahmen zur Modernisierung des Verwaltungsgerichtshofes
- Digitalisierungsoffensive im Rahmen der elektronischen Aktenführung am VwGH (Justiz 3.0), insbesondere die Effizienzsteigerung durch moderne und leistungsfähige Arbeitsumgebung und Synergieeffekte mit ordentlicher Gerichtsbarkeit, BVwG und BFG

Darstellung nach ökonomischen Gesichtspunkten (Beträge in Millionen Euro)

	Finanzierungshaushalt			Ergebnishaushalt		
	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026
Ausz./Aufw. nach ökon. Gliederung	27,6	27,5	26,9	28,5	28,4	28,3
Finanzierungswirksame Aufwendungen	27,5	27,4	26,8	27,3	27,0	26,6
Auszahlungen/Aufwand für Personal	25,3	25,3	24,6	25,1	24,8	24,4
Bezüge	20,6	20,3	19,7	20,6	20,3	19,7
Mehrdienstleistungen	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Nebengebühren	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Betrieblicher Sachaufwand (ohne Finanzaufwand)	2,2	2,2	2,3	2,2	2,2	2,3
Mieten	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Aufwand für Werkleistungen	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2	1,1
Auszahlungen/Aufwendungen für Transfers	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nicht finanzierungsw. Aufwendungen				1,2	1,5	1,7
Abschreibungen auf Vermögenswerte				0,1	0,1	0,2
Aufwand durch Bildung von Rückstellungen				1,0	1,3	1,4
Personalarückstellungen				1,0	1,3	1,4
Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0			
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,0	0,0			
Einz./Erträge nach ökon. Gliederung	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Op. Verwalt.tätigkeit u. Transfers (ohne Finanzerträge)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Darlehen und Vorschüsse	0,0	0,0	0,0			
Nicht finanzierungsw. Erträge				0,1	0,1	0,1
Gesamtergebnis	-27,6	-27,5	-26,9	-28,4	-28,3	-28,2
Auszahlungen/Aufwendungen je GB	27,6	27,5	26,9	28,5	28,4	28,3
04.01 Verwaltungsgerichtshof	27,6	27,5	26,9	28,5	28,4	28,3
Einzahlungen/Erträge je GB	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
04.01 Verwaltungsgerichtshof	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1

Erläuterungen zur Darstellung nach ökonomischen Gesichtspunkten

Die ökonomische Gliederung bietet durch die gruppenweise Zusammenfassung von Mittelverwendungen und -aufbringungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten (Personalaufwand, betrieblicher Sachaufwand etc.) eine kompakte Übersicht, wie die Mittel eingesetzt werden. Die integrierte Darstellung von Finanzierungs- und Ergebnisvoranschlag zeigt die wesentlichen Zusammenhänge beider Haushalte. Gleichzeitig verdeutlicht diese Gegenüberstellung auch die zentralen Unterschiede (nicht finanzierungswirksame Aufwendungen, nicht ergebniswirksame Auszahlungen) und Gemeinsamkeiten (finanzierungswirksame Aufwendungen) von Finanzierungs- und Ergebnishaushalt.

I. Bundesvoranschlag Untergliederung 04

(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,084	0,084	0,064
Erträge	0,084	0,084	0,064
Personalaufwand	26,156	26,110	25,777
Transferaufwand	0,005	0,005	0,005
Betrieblicher Sachaufwand	2,335	2,310	2,511
Aufwendungen	28,496	28,425	28,293
Nettoergebnis	-28,412	-28,341	-28,229

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,003	0,003	0,003
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	0,005	0,005	0,005
Auszahlungen für Personal	25,312	25,259	24,574
Auszahlungen aus betrieblichem Sachaufwand	2,197	2,156	2,256
Auszahlungen aus Transfers	0,005	0,005	0,005
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,032	0,032	0,027
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,036	0,036	0,036
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	27,582	27,488	26,898
Nettogeldfluss	-27,577	-27,483	-26,893

Bundesvoranschlag 2028

I.A Aufteilung auf Globalbudgets
Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof
 (Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	UG 04 VwGH	GB 04.01 VwGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,084	0,084
Erträge	0,084	0,084
Personalaufwand	26,156	26,156
Transferaufwand	0,005	0,005
Betrieblicher Sachaufwand	2,335	2,335
Aufwendungen	28,496	28,496
Nettoergebnis	-28,412	-28,412

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	UG 04 VwGH	GB 04.01 VwGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,003	0,003
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	0,005	0,005
Auszahlungen für Personal	25,312	25,312
Auszahlungen aus betrieblichem Sachaufwand	2,197	2,197
Auszahlungen aus Transfers	0,005	0,005
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,032	0,032
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,036	0,036
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	27,582	27,582
Nettogeldfluss	-27,577	-27,577

I.B Gesamtüberblick Personal Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Finanzjahr 2028		PLANSTELLEN für das Finanzjahr 2027		PERSONALSTAND für das Finanzjahr 2026 (1.3.)		PERSONALSTAND für das Finanzjahr 2025 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP *)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
	Allgemeiner Verwaltungsdienst	134,000	42.178,000	134,000	42.178,000	123,825	38.007,100	125,950
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	68,000	68.246,000	68,000	68.246,000	67,000	67.251,000	67,000	67.251,000
Summe	202,000	110.424,000	202,000	110.424,000	190,825	105.258,100	192,950	106.317,975

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr

Keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Bundesvoranschlag 2028

I.C Detailbudgets
04.01 Verwaltungsgerichtshof
Aufteilung auf Detailbudgets
(Beträge in Millionen Euro)

Ergebnisvoranschlag	GB 04.01 VwGH	DB 04.01.01 VwGH
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,084	0,084
Erträge	0,084	0,084
Personalaufwand	26,156	26,156
Transferaufwand	0,005	0,005
Betrieblicher Sachaufwand	2,335	2,335
Aufwendungen	28,496	28,496
Nettoergebnis	-28,412	-28,412

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	GB 04.01 VwGH	DB 04.01.01 VwGH
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers	0,002	0,002
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,003	0,003
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	0,005	0,005
Auszahlungen für Personal	25,312	25,312
Auszahlungen aus betrieblichem Sachaufwand	2,197	2,197
Auszahlungen aus Transfers	0,005	0,005
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,032	0,032
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,036	0,036
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	27,582	27,582
Nettogeldfluss	-27,577	-27,577

I.C Detailbudgets
04.01.01 Verwaltungsgerichtshof
Erläuterungen

Globalbudget 04.01 Verwaltungsgerichtshof

Detailbudget 04.01.01 Verwaltungsgerichtshof

Haushaltsführende Stelle: Präsident/in des Verwaltungsgerichtshofs

Ziele

Ziel 1

Steigerung der Effizienz des Rechtsschutzes

Ziel 2

Erleichterung der Kommunikation der Verfahrensparteien mit dem Verwaltungsgerichtshof

Ziel 3

Gleichstellungsziel

Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern

Maßnahmen inklusive Gleichstellungsmaßnahme/n

Beitrag zu Ziel/en	Wie werden die Ziele verfolgt? Maßnahmen:	Wie sieht Erfolg aus? Meilensteine/Kennzahlen für 2028	Istzustand (Ausgangspunkt der Planung für 2028)
1	Bedarfsgerechter Personaleinsatz in jenen Bereichen, in denen es durch Überlastung in einer großen Anzahl von Fällen zu langer Verfahrensdauer gekommen ist, insbesondere in den Angelegenheiten der Fremdenpolizei.	Anzahl der länger als 1 Jahr anhängigen Verfahren: 2028: <= 2.300 (Anzahl) Anhängige Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei: 2028: <= 1.000 (Anzahl)	Reduktion der länger als 1 Jahr anhängigen Verfahren: 2025: 1.130 (Anzahl) Anhängige Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei: 2025: 80 (Anzahl)
2	Bereitstellung eines Mediums, mit dem Eingaben an den Verwaltungsgerichtshof in rechtskonformer elektronischer Form möglich sind. Veröffentlichung von Entscheidungen im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS).	Steigerung des Anteils der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen: 2028: <= 76 (%) Judikaturdokumentation: 2028: <= 99 (%)	Steigerung des Anteils der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen: 2025: 76 (%) Judikaturdokumentation: 2025: 99 (%)
3	Homeoffice wird nun auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizverwaltung angewendet.	Anzahl von Homeoffice-Plätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern: 2028: 80 (Anzahl)	Anzahl von Homeoffice-Plätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern: 2025: 80 (Anzahl)

Wesentliche Rechtsgrundlagen

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 (VwGG), BGBl. Nr. 10/1985 idgF

Bundesvoranschlag 2028

I.C Detailbudgets
Detailbudget 04.01.01 Verwaltungsgerichtshof
(Beträge in Euro)

Ergebnisvoranschlag	AB	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026
Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Erträge aus wirtschaftlicher Tätigkeit	33	2.000	2.000	2.000
Erträge aus Mieten	33	2.000	2.000	2.000
Sonstige Erträge	33	82.000	82.000	62.000
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	33	82.000	82.000	62.000
Summe Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		84.000	84.000	64.000
<i>davon finanzierungswirksam</i>		<i>2.000</i>	<i>2.000</i>	<i>2.000</i>
Erträge		84.000	84.000	64.000
<i>davon finanzierungswirksam</i>		<i>2.000</i>	<i>2.000</i>	<i>2.000</i>
Personalaufwand				
Bezüge	33	20.574.000	20.273.000	19.689.000
Mehrdienstleistungen	33	320.000	319.000	299.000
Sonstige Nebengebühren	33	163.000	163.000	156.000
Gesetzlicher Sozialaufwand	33	3.914.000	3.902.000	4.083.000
Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierte Urlaube	33	1.036.000	1.313.000	1.411.000
Freiwilliger Sozialaufwand	33	75.000	75.000	70.000
Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	74.000	65.000	69.000
Summe Personalaufwand		26.156.000	26.110.000	25.777.000
<i>davon finanzierungswirksam</i>		<i>25.120.000</i>	<i>24.797.000</i>	<i>24.366.000</i>
Transferaufwand				
Aufwand für Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	33	5.000	5.000	5.000
Transfers an EU-Mitgliedstaaten	33	5.000	5.000	5.000
Summe Transferaufwand		5.000	5.000	5.000
<i>davon finanzierungswirksam</i>		<i>5.000</i>	<i>5.000</i>	<i>5.000</i>
Betrieblicher Sachaufwand				
Vergütungen innerhalb des Bundes	33	7.000	7.000	6.000
Mieten	33	219.000	219.000	195.000
Instandhaltung	33	171.000	175.000	170.000
Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	49.000	49.000	54.000
Reisen	33	15.000	15.000	10.000
Aufwand für Werkleistungen	33	1.221.000	1.178.000	1.149.000
Transporte durch Dritte	33	9.000	9.000	9.000
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	33	132.000	148.000	249.000
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	33	37.000	36.000	36.000
Sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	475.000	474.000	633.000
Aufwand aus Währungsdifferenzen	33	1.000	1.000	1.000
Aufwendungen aus der Dotierung von Rückstellungen	33	6.000	6.000	6.000
Energie	33	220.000	220.000	380.000
Übriger sonstiger betrieblicher Sachaufwand	33	248.000	247.000	246.000
Summe Betrieblicher Sachaufwand		2.335.000	2.310.000	2.511.000
<i>davon finanzierungswirksam</i>		<i>2.197.000</i>	<i>2.156.000</i>	<i>2.256.000</i>
Aufwendungen		28.496.000	28.425.000	28.293.000
<i>davon finanzierungswirksam</i>		<i>27.322.000</i>	<i>26.958.000</i>	<i>26.627.000</i>
Nettoergebnis		-28.412.000	-28.341.000	-28.229.000
<i>davon finanzierungswirksam</i>		<i>-27.320.000</i>	<i>-26.956.000</i>	<i>-26.625.000</i>

Erläuterungen:

Der höher dotierte Ergebnisvoranschlag im Vergleich zum Finanzierungsvoranschlag ergibt sich insbesondere aus der periodengerechten Verrechnung des Aufwandes sowie der Dotierung der Rückstellungen für Abfertigungen, Jubiläumswendungen und Urlaubsrückstellungen.

I.C Detailbudgets
Detailbudget 04.01.01 Verwaltungsgerichtshof
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026
Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers				
Einzahlungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	33	2.000	2.000	2.000
Einzahlungen aus Mieterträgen	33	2.000	2.000	2.000
Summe Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit und Transfers		2.000	2.000	2.000
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen	33	3.000	3.000	3.000
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen	33	3.000	3.000	3.000
Summe Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		3.000	3.000	3.000
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)		5.000	5.000	5.000
Auszahlungen für Personal				
Auszahlungen aus Bezügen	33	20.579.000	20.278.000	19.694.000
Auszahlungen aus Mehrdienstleistungen	33	320.000	319.000	299.000
Auszahlungen aus sonstigen Nebengebühren	33	163.000	163.000	156.000
Auszahlungen aus gesetzlichem Sozialaufwand	33	3.914.000	3.902.000	4.083.000
Auszahlungen aus Abfertigungen, Jubiläumszuwendungen und nicht konsumierten Urlauben	33	187.000	457.000	203.000
Auszahlungen aus freiwilligem Sozialaufwand	33	75.000	75.000	70.000
Auszahlungen aus Aufwandsentschädigungen im Personalaufwand	33	74.000	65.000	69.000
Summe Auszahlungen für Personal		25.312.000	25.259.000	24.574.000
Auszahlungen aus betrieblichem Sachaufwand				
Auszahlungen aus Vergütungen innerhalb des Bundes	33	7.000	7.000	6.000
Auszahlungen aus Mieten	33	219.000	219.000	195.000
Auszahlungen aus Instandhaltung	33	171.000	175.000	170.000
Auszahlungen aus Telekommunikation und Nachrichtenaufwand	33	49.000	49.000	54.000
Auszahlungen aus Reisen	33	15.000	15.000	10.000
Auszahlungen aus Werkleistungen	33	1.221.000	1.178.000	1.149.000
Auszahlungen aus Transporte durch Dritte	33	9.000	9.000	9.000
Auszahlungen aus Geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG)	33	37.000	36.000	36.000
Auszahlungen aus sonstigem betrieblichen Sachaufwand	33	469.000	468.000	627.000
Auszahlungen aus Währungsdifferenzen	33	1.000	1.000	1.000
Auszahlungen aus Energie	33	220.000	220.000	380.000
Auszahlungen aus übrigem sonstigen betrieblichen Sachaufwand	33	248.000	247.000	246.000
Summe Auszahlungen aus betrieblichem Sachaufwand		2.197.000	2.156.000	2.256.000
Auszahlungen aus Transfers				
Auszahlungen aus Transfers an ausländische Körperschaften und Rechtsträger	33	5.000	5.000	5.000
Auszahlungen aus Transfers an EU-Mitgliedstaaten	33	5.000	5.000	5.000
Summe Auszahlungen aus Transfers		5.000	5.000	5.000
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit				
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	33	32.000	32.000	27.000

I.C Detailbudgets
Detailbudget 04.01.01 Verwaltungsgerichtshof
(Beträge in Euro)

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	AB	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	33	7.000	7.000	5.000
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	33	25.000	25.000	22.000
Summe Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit		32.000	32.000	27.000
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen				
Auszahlungen aus der Gewährung von (Unterhalts-)vorschüssen	33	36.000	36.000	36.000
Auszahlungen aus sonstigen Forderungen	33	36.000	36.000	36.000
Summe Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen		36.000	36.000	36.000
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)		27.582.000	27.488.000	26.898.000
Nettogeldfluss		-27.577.000	-27.483.000	-26.893.000

Erläuterungen:

- Größtmögliche Sparsamkeit in der Justizverwaltung, wobei alle verfügbaren Mittel so eingesetzt werden, um die organisatorischen und technischen Voraussetzungen der rechtsprechenden Tätigkeit zu optimieren
- Infrastrukturmaßnahmen zur Modernisierung des Verwaltungsgerichtshofes
- Digitalisierungsoffensive im Rahmen der elektronischen Aktenführung am VwGH (Justiz 3.0), insbesondere die Effizienzsteigerung durch moderne und leistungsfähige Arbeitsumgebung und Synergieeffekte mit ordentlicher Gerichtsbarkeit, BVwG und BFG

Bundesvoranschlag 2028

I.C Detailbudgets
Detailbudget 04.01.01 Verwaltungsgerichtshof
Überblick Personal

Besoldungsgruppen-Bereiche	PLANSTELLEN für das Jahr 2028		PLANSTELLEN für das Jahr 2027		PERSONALSTAND im Jahr 2026 (1.3.)		PERSONALSTAND im Jahr 2025 (31.12.)	
	PISt	PCP *)	PISt	PCP *)	VBÄ	PCP	VBÄ	PCP
	Allgemeiner Verwaltungsdienst	134,000	42.178,000	134,000	42.178,000	123,825	38.007,100	125,950
RichterInnen und RichteramtsanwärterInnen	68,000	68.246,000	68,000	68.246,000	67,000	67.251,000	67,000	67.251,000
Summe	202,000	110.424,000	202,000	110.424,000	190,825	105.258,100	192,950	106.317,975

*) In den ausgewiesenen PCP sämtlicher Besoldungsgruppen-Bereiche und den dazugehörigen Summen sind die berechneten PCP aller ausgewiesenen (Pool und Nicht-Pool) Planstellen enthalten

Erläuterungen zum Personal

Der Verwaltungsgerichtshof verfügt über rund 200 Planstellen, davon 68 im richterlichen Bereich (Präsident/in, Vizepräsident/in, Senatspräsidentinnen und Senatspräsidenten sowie Hofrätinnen und Hofräte); zur Unterstützung der Rechtsprechung werden rechtswissenschaftliche Mitarbeiter/innen eingesetzt. Das weitere Personal ist insbesondere in der Geschäftsstelle, dem Evidenzbüro, der Bibliothek und den Bereichen des Personalmanagements, der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Finanzen und der Wirtschaft tätig.

I.C Detailbudgets
Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof
Investitionsveranschlagung
(Beträge in Millionen Euro)

Investitionsveranschlagung	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026
Auszahlungen aus dem Zugang von Sachanlagen	0,032	0,032	0,027
Auszahlungen aus dem Zugang von technischen Anlagen, Werkzeugen, Fahrzeugen	0,007	0,007	0,005
Auszahlungen aus dem Zugang von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,025	0,025	0,022
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,032	0,032	0,027
Geldfluss aus der Gewährung und Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen			
Einzahlungen aus Rückzahlungen von (Unterhalts-)vorschüssen	0,003	0,003	0,003
Einzahlungen aus sonstigen Forderungen	0,003	0,003	0,003
Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,003	0,003	0,003
Auszahlungen aus der Gewährung von (Unterhalts-)vorschüssen	0,036	0,036	0,036
Auszahlungen aus sonstigen Forderungen	0,036	0,036	0,036
Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen sowie gewährten Vorschüssen	0,036	0,036	0,036

I.D Summarische Aufgliederung des Ergebnisvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen
Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof
 (Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche	
	Summe	33
Erträge aus der operativen Vwt u. Transfers	0,084	0,084
Erträge	0,084	0,084
Personalaufwand	26,156	26,156
Transferaufwand	0,005	0,005
Betrieblicher Sachaufwand	2,335	2,335
Aufwendungen	28,496	28,496
Nettoergebnis	-28,412	-28,412

Aufgabenbereiche

33 Gerichte

I.E Summarische Aufgliederung des Finanzierungsvoranschlages nach Mittelverwendungs- und Mittelaufbringungsgruppen und Aufgabenbereichen
Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof
(Beträge in Millionen Euro)

Mittelverwendungs- & Mittelaufbringungsgruppen	Aufgabenbereiche	
	Summe	33
Allgemeine Gebarung		
Einzahlungen aus der operativen Vwt u. Transfers	0,002	0,002
Einz.a.d.Rückz. v.Darlehen sowie gew.Vorschüssen	0,003	0,003
Einzahlungen (allgemeine Gebarung)	0,005	0,005
Auszahlungen für Personal	25,312	25,312
Ausz. aus betrieblichem Sachaufwand	2,197	2,197
Auszahlungen aus Transfers	0,005	0,005
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	0,032	0,032
Ausz.aus der Gew.von Darl.sowie gewähr.Vorschüssen	0,036	0,036
Auszahlungen (allgemeine Gebarung)	27,582	27,582
Nettogeldfluss	-27,577	-27,577

Aufgabenbereiche

33 Gerichte

II.A Budgetstruktur und Organisation der Haushaltsführung

Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof

Globalbudget	Bezeichnung Globalbudget	Verantwortliche Organisationseinheit in Funktion des haushaltsleitenden Organs
04.01	Verwaltungsgerichtshof	Präsident/in des Verwaltungsgerichtshofs
VA-Stelle Detailbudget	Bezeichnung Detailbudget	Haushaltsführende Stelle
04.01.01	Verwaltungsgerichtshof	Präsident/in des Verwaltungsgerichtshofs

Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr

.

III. Anhang: Untergliederung 04 Verwaltungsgerichtshof (Beträge in Millionen Euro)

Leitbild:

Der Verwaltungsgerichtshof garantiert als Höchstgericht den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtssicherheit im Umgang mit der österreichischen Verwaltung. Als höchste Rechtsschutzinstanz stellt er das gesetzmäßige Handeln der Verwaltungsbehörden sicher und stärkt damit das Vertrauen in die Institutionen unserer demokratischen Gesellschaft.

Finanzierungsvoranschlag- Allgemeine Gebarung	Obergrenze BFRG	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026
Einzahlungen		0,005	0,005	0,005
Auszahlungen fix	28,082	27,582	27,488	26,898
Summe Auszahlungen	28,082	27,582	27,488	26,898
Nettofinanzierungsbedarf (Bundesfin.)		-27,577	-27,483	-26,893

Ergebnisvoranschlag	BVA 2028	BVA 2027	BVA 2026
Erträge	0,084	0,084	0,064
Aufwendungen	28,496	28,425	28,293
Nettoergebnis	-28,412	-28,341	-28,229

Angestrebte Wirkungsziele:

Wirkungsziel 1:

Steigerung der Effizienz des Rechtsschutzes

Warum dieses Wirkungsziel?

Die Verkürzung der Verfahrensdauer bringt rascher Rechtssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltung. Der Verwaltung werden rascher Leitlinien für ihr Handeln zur Verfügung gestellt und dadurch Rechtsstreitigkeiten vorgebeugt. Die durchschnittliche Dauer der im Jahr 2025 abgeschlossenen Verfahren betrug 5,5 Monate. SDG 16.3: Die Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern und den gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz gewähren.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Bedarfsgerechter Personaleinsatz in jenen Bereichen, in denen es durch Überlastung in einer großen Anzahl von Fällen zu langer Verfahrensdauer gekommen ist, insbesondere in den Angelegenheiten der Fremdenpolizei

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 04.1.1	Reduktion der Zahl der länger als 1 Jahr anhängigen Verfahren					
Berechnungsmethode	Gesamtsumme aller anhängigen Verfahren mit Jahresende					
Datenquelle	Geschäftsausweis des Verwaltungsgerichtshofes					
Messgrößenangabe	Anzahl					
Entwicklung	Istzustand 2024	Istzustand 2025	Zielzustand 2026	Zielzustand 2027	Zielzustand 2028	Zielzustand 2029
	1.080	1.130	<= 2.400	<= 2.300	<= 2.300	<= 2.300
	Durch effizienten Personaleinsatz konnte der Abbau von länger als ein Jahr anhängigen Verfahren zunächst bis 2018 konsequent fortgesetzt werden. Aufgrund des hohen Neuanfalles in den Jahren 2019 (rund 7600 Fälle), 2020 (rund 7000 Fälle) und 2021 (rund 6700 Fälle) sowie bedingt durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie kam es 2021 zu einer Erhöhung der länger als ein Jahr anhängigen Verfahren. Trotz einer erheblichen Erhöhung des Neuanfalles im Jahr 2024 (rund 7300 Fälle gegenüber im Jahr 2022 mit rund 6200 Fälle und im Jahr 2023 mit rund 6900 Fälle) konnte wieder eine leichte Reduktion der länger als ein Jahr anhängigen Verfahren erreicht werden. Im Jahr 2025 ist die Zahl der länger als ein Jahr anhängigen Verfahren wieder leicht gestiegen.					

Kennzahl 04.1.2	Reduktion der Zahl der anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei					
Berechnungsmethode	Gesamtsumme aller anhängigen Verfahren mit Jahresende					
Datenquelle	Geschäftsausweis des Verwaltungsgerichtshofes					
Messgrößenangabe	Anzahl					

Bundesvoranschlag 2028

Entwicklung	Istzustand 2024	Istzustand 2025	Zielzustand 2026	Zielzustand 2027	Zielzustand 2028	Zielzustand 2029
	70	80	<= 1.100	<= 1.000	<= 1.000	<= 1.000
Durch effizienten Personaleinsatz konnte der Abbau von anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei zunächst bis 2018 konsequent fortgesetzt werden. Aufgrund des starken Anstieges des Neuanfalls im Jahr 2019 mit rund 3000 Fällen, im Jahr 2020 mit rund 2700 Fällen, im Jahr 2021 mit rund 2400 Fällen und im Jahr 2022 mit rund 2000 Fälle ging im Jahr 2019 eine geringe Erhöhung der anhängigen Verfahren einher. Seit dem Jahr 2020 konnte der Abbau wieder stetig fortgesetzt werden. Im Jahr 2025 ist ein leichter Anstieg der anhängigen Verfahren in Angelegenheiten der Fremdenpolizei zu verzeichnen. Eine zukünftiger Steigerung der Anfallszahlen im Asyl- und Fremdenrecht durch "Asyl auf Zeit" ist zu erwarten.						

Wirkungsziel 2:

Erleichterung der Kommunikation der Verfahrensparteien mit dem Verwaltungsgerichtshof

Warum dieses Wirkungsziel?

Für Bürgerinnen und Bürger wird der Zugang zum Recht erleichtert, insbesondere werden bestehende Unsicherheiten betreffend die Wirksamkeit unstrukturierter elektronischer Übermittlung beseitigt. SDG 16.3: Die Rechtsstaatlichkeit auf nationaler und internationaler Ebene fördern und den gleichberechtigten Zugang aller zur Justiz gewähren.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

- Bereitstellung eines elektronischen Mediums, mit dem Eingaben an den Verwaltungsgerichtshof in rechtskonformer elektronischer Form möglich sind
- Judikaturdokumentation

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 04.2.1	Steigerung des Anteils der elektronisch abgewickelten Eingaben und Zustellungen					
Berechnungsmethode	Anteil der elektronischen Eingaben und Zustellungen gemessen am Gesamtwert mit Jahresende					
Datenquelle	Tätigkeitsbericht des Verwaltungsgerichtshofes					
Messgrößenangabe	%					
Entwicklung	Istzustand 2024	Istzustand 2025	Zielzustand 2026	Zielzustand 2027	Zielzustand 2028	Zielzustand 2029
	76	76	76	76	76	76
Der "Elektronische Rechtsverkehr - ERV" wurde - nach Ausräumung externer technischer Probleme - mit Verordnung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes über die elektronische Einbringung von Schriftsätzen und Übermittlung von Ausfertigungen von Erledigungen des Verwaltungsgerichtshofes (VwGH-elektronischer-Verkehr-Verordnung - VwGH-EVV), BGBl. II Nr. 360/2014 am 1. Jänner 2015 in Kraft gesetzt. Seit dem Jahr 2018 hat sich der Anteil im Wesentlichen auf rund 65% konsolidiert. Seit dem Jahr 2021 ist weiter jährlich ein leichter Anstieg in Richtung 76% zu verzeichnen, wobei geringfügige Schwankungen vom Verwaltungsgerichtshof nicht beeinflusst werden können.						

Kennzahl 04.2.2	Judikaturdokumentation					
Berechnungsmethode	Anteil der Erkenntnisse, welche binnen eines Monats im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) veröffentlicht werden gemessen am Gesamtwert					
Datenquelle	Statistik Verwaltungsgerichtshof					
Messgrößenangabe	%					
Entwicklung	Istzustand 2024	Istzustand 2025	Zielzustand 2026	Zielzustand 2027	Zielzustand 2028	Zielzustand 2029
	99	99	99	99	99	99
Die Frist zur Aufnahme ins RIS orientiert sich am Abfertigungsdatum. Nicht erfasst ist die nicht verpflichtende Bildung von Rechtssätzen. Der Anteil wurde in den letzten Jahren stetig erhöht und erreichte zuletzt im Jahr 2020 faktisch die erreichbare Obergrenze. Leichte Schwankungen sind daher nicht auszuschließen.						

Wirkungsziel 3:

Gleichstellungsziel

Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen und Männern

Warum dieses Wirkungsziel?

Selbstbestimmung bei der Gestaltung von Arbeitszeit und –umfeld wirkt leistungssteigernd. Motivation und Bereitschaft zum Erwerb von beruflicher Qualifikation werden dadurch gefördert. Mit der Umsetzung dieses Wirkungszieles soll ein nachhaltiger Beitrag mit Vorbildwirkung zur Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht werden.

Wie wird dieses Wirkungsziel verfolgt?

Das Projekt Homeoffice wird nun auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Verwaltungsbereich angewendet. Die Anordnung von Homeoffice erfolgt unter Bedachtnahme von Qualitätskriterien, wie insbesondere

- das Ausmaß von Homeoffice-Tagen
- der Festlegung der Anwesenheitspflicht
- der Reduktion von Fahrtzeiten durch Homeoffice und
- gleichstellungsfördernde Wirkungen (Arbeitszeit, Einkommen, Wiedereinstieg)

Wie sieht Erfolg aus?

Kennzahl 04.3.1	Anzahl von Homeoffice-Plätzen unter angestrebter Berücksichtigung der gleichmäßigen Aufteilung zwischen Frauen und Männern, Beachtung von Betreuungspflichten und Qualitätskriterien					
Berechnungsmethode	Anzahl der Homeoffice-Plätze mit Jahresende					
Datenquelle	Statistik Verwaltungsgerichtshof					
Messgrößenangabe	Anzahl					
Entwicklung	Istzustand 2024	Istzustand 2025	Zielzustand 2026	Zielzustand 2027	Zielzustand 2028	Zielzustand 2029
	Gesamt: 70	Gesamt: 80	Gesamt: 80	Gesamt: 80	Gesamt: 80	Gesamt: 80
	Weiblich: 50	Weiblich: 50	Weiblich: 50	Weiblich: 50	Weiblich: 50	Weiblich: 50
	Männlich: 20	Männlich: 30	Männlich: 30	Männlich: 30	Männlich: 30	Männlich: 30
Aufgrund der Personalstruktur (siehe Personalplan) und der Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Organisationseinheiten am Verwaltungsgerichtshof wurden bis ins Jahr 2020 3 Homeoffice-Plätze und ab 2021 4 Homeoffice-Plätze eingerichtet. Im Rahmen der COVID-19-Pandemie wurde im Bereich der Justizverwaltung Homeoffice verstärkt genutzt, sodass ab dem Jahr 2021 in einem Pilotverfahren Homeoffice in größerem Umfang (rund 80 Homeoffice-Plätze) eingeleitet wurde. Im richterlichen Gremium ist Homeoffice aufgrund der freien Dienstzeit nicht anwendbar.						

IV. Anmerkungen und Abkürzungen**Anmerkungen**

VA-Stelle	Konto	Anmerkung
------------------	--------------	------------------

Abkürzungen